

16. MAI



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 21831-33  
Fernschreiber 0886890

P/XV/112 - 16. Mai 1960

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Erstarkende SPD - nachlassende CDU</u> Zu den Wahlen in Baden-Württemberg und in Saarland	43
2 - 3	<u>Das Rundfunkgesetz - ein Instrument der CDU-Politik?</u> Gefahren für die Meinungsfreiheit Von Karl Wittrock, MdB	72
4	<u>Überforderte Europa-Abgeordnete</u> Von Hans Vandenberg, z. Zt. Strassburg	30
5	<u>Die Wahl an der Saar</u> Niedergang der Partei Dr. Schneiders - Bundesverdrossenheit	51
6	<u>Der ewige Judas</u> Kaschierter Antisemitismus der Presse und ein Protest der Berliner Jüdischen Gemeinde	46

Erstarkende SPD - nachlassende CDU

sp - Ein "Festfall für die Welt" sollten laut Verteidigungsminister Strauss und dem CDU-Parteitag in Karlsruhe die Wahlen zum Landtag von Baden-Württemberg werden. Diese Probe ging schlecht für die CDU aus. Die Kanzlerpartei hat Federn lassen müssen, sie hat fünf Mandate verloren, die sie an die SPD abgeben musste. Mit 44 Mandaten von 120 besitzt die SPD eine starke Position, erstmalig überschritt sie bei Landtagswahlen in diesem Land mit einem Stimmengewinn von 100.000 die Millionengrenze, und dies bei einer im Vergleich zu früheren Wahlen geringeren Wahlbeteiligung. So gesehen war der CDU-Parteitag in Karlsruhe eine Fehlinvestition; von diesem Parteitag sollten auf die fünf Millionen Wähler Baden-Württembergs zugunsten einer unsicher gewordenen CDU belebende Impulse ausstrahlen.

Im Wahlkampf spielten auch bundespolitische Fragen eine beträchtliche Rolle, die Bonnar Prominenz der Kanzlerpartei rührte heftig die Werbetrommel, aber selbst der fotogene Landesvater Kiesinger konnte nicht mehr den allgemeinen Vertrauensschwund der CDU aufhalten. Die Zeiten scheinen vorbei zu sein, in denen die CDU von Sieg zu Sieg eilte. Die Waage neigt sich auf die Seite der SPD als starker Gegenkraft. Die am gleichen Tage stattgefundenen Kommunalwahlen im Saarland bestätigten diesen Trend.

Der Ausgang dieser Wahlen in beiden Ländern hat ebenso wie die letzten Kommunalwahlen in Bayern eine bundesrepublikanische Bedeutung. Er zeigt eine erstarkende Sozialdemokratie und eine nachlassende CDU/CSU. Die Erfolge der Sozialdemokratie sind nicht regional bedingt; sie erstrecken sich auf protestantische und katholische Gebiete. Zehn Jahre unbeschränkter CDU-Herrschaft haben viele Wähler an der von dieser Partei besonders beanspruchten Charakter, die "christliche" Partei par excellence zu sein, zweifeln lassen. Es ist kein Zufall, dass gerade in katholischen Gebieten die CDU schwerste Verluste einstecken musste. Auch das törichte Gerede vom Untergang des deutschen Volkes, wenn Sozialdemokraten an die Macht kämen, hat auf breite Schichten seine einstmalig faszinierende Wirkung verloren. Der im Lückeplan vorgesehene Abbau des Mieterschutzes, der Blankische Regierungsentwurf zur Reform der Krankenversicherung mit einer unsozialen Beteiligung der Versicherten an den Kosten und die durch das geltende Steuer- und Aktienrecht geförderte Konzentration des anonymen Grossbesitzes haben ein allgemeines Urbehagen ausgelöst, das im Vertrauensschwund der CDU seinen sichtbaren Niederschlag findet.

In der Sozialdemokratie sammeln und finden sich die der Zukunft unseres Volkes zugewandten Kräfte. Sie über, wie auch die letzten Wahlen es eindrucksvoll bewiesen, eine steigende Anziehung auf Wähler aus, die bisher der Sozialdemokratie fernstanden. Die CDU muss erkennen, dass sie die Grenzen ihrer Macht erreicht hat.

Das Rundfunkgesetz - ein Instrument der CDU-Politik ?

Von Karl Wittrock, MdB

"Rundfunk und Fernsehen sind die mächtigsten und wirkungsvollsten Publikationsmittel der modernen Zeit. Es gibt heute keine umfassendere Möglichkeit, Menschenmassen zu interessieren, die allgemeine Meinungsbildung zu beeinflussen und zu gestalten". Dies hat kürzlich der Staatssekretär im Bundespostministerium zutreffend festgestellt. Diese Feststellung bedeutet, daß der Programmgestaltung eine meinungsbildende und meinungsgestaltende Bedeutung zukommt. Sie ist durch ihre Massenbeeinflussung machtbildend und machtgestaltend. Deshalb ist es eine entscheidende Frage, wer nach dem Entwurf des Rundfunkgesetzes für die Programmgestaltung verantwortlich ist und beratend mitwirken soll.

Der Gesetzentwurf überträgt diese Aufgabe bestimmten Organen, nämlich dem Intendanten, dem Verwaltungsrat und dem Beirat. Besondere Bedeutung hat hier der Beirat, der den Verwaltungsrat wählt, dem wiederum das Gesetz die Aufgabe übertragen will, Vorschläge für die Benennung des Intendanten zu machen. Die Zusammensetzung des Beirates ist wegen der von ihm zu treffenden Entscheidungen und wegen seiner beratenden Mitwirkung bei der Programmgestaltung wesentlich dafür, ob in den geplanten Rundfunkanstalten Möglichkeiten der einseitigen Meinungsbeeinflussung bestehen, ob es gar Möglichkeiten der Manipulierung von Meinungen gibt, oder ob vor vornherein die Chance dafür besteht, daß durch eine Repräsentanz der verschiedenen Meinungen eine ausgeglichene Meinungsbildung möglich ist. Nur wenn dies sichergestellt ist, können die von der Bundesregierung geplanten Rundfunkanstalten die Aufgabe erfüllen, "ein umfassendes politisches, kulturelles und wirtschaftliches Bild Deutschlands zu vermitteln" (§§ 13 und 17 des Entwurfs).

Der in der vergangenen Woche in hektischer Eile in den zuständigen Ausschüssen des Bundestages beraten Entwurf entspricht nicht diesen Erwägungen. Als Beispiel sei auf die Regelungen für die geplante Deutsche Welle hingewiesen. Der dort vorgesehene Beirat soll zu zwei Dritteln aus Personen bestehen, die von den Regierungen des Bundes (ein Drittel) und der Länder (zweites Drittel) zu entsenden sind.

Ein Drittel der Beiratsmitglieder ist von den Kirchen zu benennen. Entsprechend sind die Regelungen für den vorgesehenen Deutschlandfunk, nur daß dort neben den eine Zweidrittel-Mehrheit bildenden Delegierten der Regierungen sich die Vertreter der Kirchen und der Sozialpartner in das verbleibende Drittel zu teilen haben.

Diese Regelung muß dazu führen, daß unter Berücksichtigung der gegenwärtigen politischen Geographie der Bundesrepublik in jedem Falle eine CDU-Majorität in dem Beirat gesichert ist. Damit ist der Einseitigkeit in der Meinungsbildung und damit letzten Endes bei der Information der Öffentlichkeit über das politische, kulturelle und wirtschaftliche Bild Deutschlands Tür und Tor geöffnet. Wenn derartige Regelungen vom Bundestag beschlossen werden würden, so wäre damit Artikel 5 des Grundgesetzes glatt verletzt. Eine solche innere Verfassung der geplanten Rundfunkanstalten wäre im übrigen verfassungspolitisch untragbar.

Es besteht der Eindruck, daß die einseitige Zusammensetzung der Rundfunkorgane in der erklärten Absicht erfolgen soll, Meinungen manipulieren zu können. In den bisherigen Erörterungen wurde es ausdrücklich als eine Aufgabe des Auslandsfunks bezeichnet, die Auffassungen der Regierung zu vertreten. Es zeigt sich damit in erschreckender Deutlichkeit, wie sehr man geneigt ist, die Regierung mit dem Staat und letzten Endes den Staat mit der zur Zeit im Bund herrschenden Partei zu identifizieren.

Unbeschadet ihrer grundsätzlichen Einwendungen über die verfassungsrechtliche Zulässigkeit eines Bundesrundfunkgesetzes sind die Sozialdemokraten bemüht, eine Rundfunkverfassung durchzusetzen, welche eine zwar stillwirkende, aber dennoch wirkungsvolle einseitige Meinungsbeeinflussung und damit Massenbeeinflussung ausschließt. Es sind deshalb bereits in den Ausschüßberatungen konkrete Anregungen gegeben worden, die Basis der geplanten Beiräte zu erweitern und einfache Majorisierungen bei Wahlhandlungen zu vermeiden. Es muß eine innere Verfassung der Organe gewählt werden, welche diese Entscheidungen auf eine breite Basis stellt. Die Pflicht zu einer weitgehenden Einigung der Exponenten von Mehrheit und Minderheit in den Organen der Rundfunkanstalten bietet die beste Gewähr, daß Einseitigkeiten in der Massenbeeinflussung vermieden werden. Das Beispiel des Reichsrundfunks einer verflissenen Epoche sollte erkennen lassen, daß es eine staatspolitische Aufgabe ist, das Machtinstrument des modernen Rundfunks auf eine breite demokratische Grundlage zu stellen. + + + - 4 -

Überforderte Europa-Abgeordnete

Von Hans Vandenberg, z. Zt. Strassburg

In recht zwiespältige Situationen können die Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Strassburg geraten, wenn sie versuchen, ihre aus der Mitgliedschaft zu ihrem nationalen Parlament erwachsenden Aufgaben in zeitliche Übereinstimmung mit ihren europaparlamentarischen Pflichten zu bringen. Da überschneiden sich die Sitzungstermine im nationalen Parlament mit denen im Europäischen Parlament und dem geplagten Politiker stellt sich dann oftmals die Gewissensfrage, was denn nun den Vorrang haben soll.

Während man in diesen Mai-Tagen in Strassburgs Europa-Haus fast leidenschaftlich darüber diskutierte, welche Methode die beste sei, um in Zukunft das Europäische Parlament in allgemeiner direkter Wahl zu wählen, sahen sich die belgischen Abgeordneten z.B. vor die Frage gestellt, ob sie noch bei der Abstimmung über diesen Komplex im Strassburger Parlament verbleiben oder aber in ihrem eigenen Parlament in Brüssel an der wichtigen Debatte über den Haushalt des Außenministeriums teilnehmen sollten. Beide Sitzungen fanden am 17. Mai statt. Auch die Niederländer debattierten fast zur gleichen Zeit in ihrem eigenen Parlament über die zugespitzte Lage in Neu-Guinea und mussten es sich deshalb versagen, auf dem europäischen Forum in Strassburg ihre Meinung zu den "europäischen Wahlen" zu sagen. Ausschusssitzungen in Bonn zur Zeit der Parlamentstagung in Strassburg liessen auch hier für die Abgeordneten die Frage offen, wohin es sie nun zieht, denn auf zwei Hochzeiten kann man auch heute noch immer nicht tanzen.

Das Ergebnis dieser Überschneidungen sind dann dünn besetzte Abgeordnetenbänke in Strassburg, und es kann der Öffentlichkeit einfach nicht übel genommen werden, wenn sie angesichts dieser Tatsache grosse Zweifel an dem europäischen Einigungsgestreben und Arbeitseifer der Parlamentarier hegt. Sicher trägt hier der Schein, denn in den Ausschüssen des Europäischen Parlaments wird zweifellos intensiv gearbeitet und schon so manche wertvollen Untersuchungsergebnisse aus diesen Ausschüssen gaben die Grundlage für entscheidende politische Beschlüsse ab. Dennoch kann und sollte nicht übersehen werden, dass den Abgeordneten oftmals die ausreichende Zeit und Gelegenheit fehlt, die diffizile europäische Kleinarbeit, die wegen der räumlichen Entfernungen auch noch sehr zeitrauend ist, in einer der Bedeutung gemässen und notwendigen Weise zu bewältigen. Darunter muss zwangsläufig die Qualität leiden.

Es dürfte sich deshalb empfehlen, in Zusammenarbeit der Präsidenten der nationalen Parlamente und des Präsidenten des Europäischen Parlaments eine straffe Koordinierung der Sitzungstermine herbeizuführen, damit wenigstens Terminüberschneidungen nach Möglichkeit vermieden werden. + + + -5-

Die Wahl an der Saar

A.B. - Saarbrücken

An der Saar wurden am Sonntag die "roten Rathäuser" nicht er-  
stürmt. Im Gegenteil; viele andere von C-Parteien beherrschte Rathäuser  
wurden - um in der Sprache Aderauers zu bleiben - "sturmreich abge-  
schossen". Wie bei den bayerischen Kommunalwahlen, ist die Differenz  
zwischen der führenden CDU und der SPD als zweitstärkste Partei stark  
zusammengeschmolzen. Nur 35,8 Prozent der Stimmen bei den saarländi-  
schen Kreistagswahlen (einschliesslich der Wahlen zum Saarbrücker  
Stadtrat) für die CDU, bei 32,1 Prozent für die SPD - das ist bei den  
zu 70 Prozent katholischen Saarland eine kleine Sensation - obwohl  
man vor den Wahlen allgemein mit Gewinnen der Sozialdemokraten ge-  
rechnet hatte. Die SPD festigte vor allem ihre Position im mittleren  
Saarland. In der Landeshauptstadt Saarbrücken wurde sie stärkste Par-  
tei, und die bisher führende DPS Dr. Schneiders auf den dritten Rang  
verwiesen. Ebenso wurde sie im Landkreis Saarbrücken, in dem ein Viertel  
aller Saarländer wohnt, zum Spitzenreiter vor der CDU. Auch hier rutsch-  
te die DPS ab.

Grossartige Erfolge errang die SPD in fast reinkatholischen Ge-  
meinden. In der Domstadt St. Wendel verbesserte sie die Zahl ihrer  
Mandate von 2 auf 7. An der unteren Saar errang sie in vielen rein  
katholischen Dörfern die absolute Mehrheit. Sie verbesserte ihre Posi-  
tion in den Städten Saarlouis, Dillingen und Merzig sehr stark.

Der grosse Verlierer der Wahl ist jedoch die DPS. Die Partei Dr.  
Schneiders hat ihre Hauptangriffe gegen die Sozialdemokraten gerichtet.  
Sie musste gegenüber den letzten Kommunalwahlen erhebliche Verluste  
hinnehmen. Sie sank von 24,4 Prozent auf 17,7. Koch bei den letzten  
Bundestagswahlen war Dr. Schneider im Wahlkreis Saarbrücken-Stadt als  
einziger FDP-Kandidat im gesamten Bundesgebiet direkt gewählt worden.

Jetzt trat die DPS ihre führende Rolle an die SPD ab. Allgemein be-  
trachtete man die Kommunalwahlen als den letzten Versuch der DPS, sich  
das Schicksal der übrigen FDP - von der man in gewissen Dingen diffe-  
riert - zu ersparen. Aber sie wird den Weg nach unten ebenso wie die FDP  
weitergehen müssen. Ihre Spekulation auf die Unzufriedenen erfüllte  
sich nicht.

Wie erwartet wurde zur viertstärksten Partei die erst im ver-  
gangenen September gegründete Saarländische Volkspartei. Sie eroberte  
bei den Kreisratswahlen, obwohl sie in Kreis Homburg nicht kandidierte,  
auf Landesebene 9,4 Prozent (in der Stadt Saarbrücken 13,9, im Kreis  
St. Ingbert 20 Prozent). In einer Reihe von Gemeinden wird die rand-  
scharf am Separatismus vorbeiwandernde SVP nachträglich die Politik  
Johannes Hoffmann befürworten und sogar den Bürgermeister stellen. Die  
CDU konnte nicht alle Stimmen wie bei den vergangenen Wahlen, die für  
die CDU und die CVP zusammen abgegeben worden waren, nur auf sich ver-  
einigen. Viele frühere CVP-Anhänger wählten die SVP, die vom Hoffmann-  
Minister Erwin Müller geführt wird. Diese knappen 10 Prozent für die  
SVP - in einigen Kreisen wurde sie stärker als die DPS - zeigen aber, dass  
die "Bundesverdrossenheit" an der Saar, nach der wirtschaftlichen Rück-  
gliederung, doch recht gross ist. Das sollte vor allem der Bundesre-  
gierung Anlass geben, noch einmal die wirtschaftliche Rückgliederung  
des Saarlandes zu überdenken, um es bei der grossen Wiedervereinigung  
besser zu machen.

Der ewige Judas

HGS - Sehr häufig wurde in der letzten Zeit von einigen Zeitungen eine Sprachregulierung verwendet, die nicht immer frei von antisemitischen Vorstellungen war. Erst vor kurzem hat sich zwar der Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Dr. H.G. van Dam gegen eine "privilegierte Stellung" der jüdischen Menschen in der Bundesrepublik ausgesprochen. Anlaß dazu war die Behauptung eines Nachrichtenmagazins, daß der jüdische Publizist William S. Schlamm, der amerikanischer Staatsbürger ist, besonders sanft "angefasst" würde, weil er Jude sei.

Die Jüdische Gemeinde zu Berlin, als größte der Bundesrepublik, hatte in letzter Zeit wiederholt Veranlassung, gegen gewisse Zeichnungen oder auch Werbungen Protest einzulegen, in denen in einer fahrlässigen Weise das alte Stürmer-Bild vom "Ewigen Juden", der Bevölkerung ins Unbewußte oder sogar ins Bewußtsein zurückgerufen wurde.

Den jüngsten Protestbrief des Vorsitzenden und geschäftsführenden Direktors des Zentralrats, Galinski, an den Hamburger Verleger Axel Springer, rief ein Artikel in einer großen Tageszeitung hervor, der in der Berlin-Ausgabe die Untat eines Mannes in Berlin-Wannsee beschrieb. "Er hatte krauses schwarzes Haar, ein scharf profiliertes Gesicht mit lauernähen Augen". Der Verfasser des Aufsatzes meint, er müsse dieses Gesicht schon einmal gesehen haben.

Dieser finstere Unold denunziert einen lieben alten Mann, der auch in Wannsee in der Wechselstube ein paar Westmark umgetauscht hat, um in Stehndorf auf dem Friedhof Blumen niederzulegen. Der Denunziant verrät ihn bei der Volkspolizei. Die eingetauschten Mark aus der Wechselstube werden ihm fortgenommen. Er wollte nur die Grabstätte seiner Frau mit ein paar Stiefmütterchen bepflanzen. "Und plötzlich weiß er, mit wem dieser Mensch Ähnlichkeit hat, wo ihm dieses Gesicht einmal begegnet. Auf dem Gemälde von Leonardo da Vinci "Das Abendmahl", der Judas mit dem Geldbeutel..."

Aus dem christlichen Religionshaß ist häufig Antisemitismus gewachsen. Erst kürzlich wurde die fragwürdige Gestalt der Oberammergauer Passionsspiele darauf hin ernstlich untersucht, deren Fragwürdigkeit Ulrich Lüth bereits vor Jahren aufgewiesen hatte. In diesem Artikel wird bewußt dem Judas, dem Verräter ein "jüdisches" Portrait in Form der physiognomischen Betrachtung zugeschohen.

Man sagt Leonardo da Vinci und meint etwas ganz anderes. Die Jüdische Gemeinde zu Berlin erhielt eine ganze Reihe von Protesten gegen den Artikel, vor allem aus nichtjüdischen Kreisen und entschloss sich schließlich auch, den Verleger der Zeitung auf diese Mißlichkeit aufmerksam zu machen.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel